



Liebe Leserin, lieber Leser,

„Neues Jahr, neuer Mut“ unter diesem Motto stand der Neujahrsempfang der grünen Gemeinderatsfraktion in Ravensburg. Welche Ideen und Vorsätze ich für das wichtige Jahr habe, kann [hier](#) nachgelesen werden.

Es geht immer um viel bei Wahlen und dieses Jahr wird es um so viel mehr gehen. Ob die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten - der gerade einmal eine Woche braucht, um die Welt mit "MuslimBan", dem Bau einer Mauer oder alternativen Fakten zu entsetzen - der Brexit, aber auch die ermutigende Wahl von Alexander van der Bellen in Österreich, all das waren knappe Entscheidungen. Deshalb heißt es in diesem Jahr wie nie zuvor: Es kommt auf *Sie* und *Dich*, auf uns alle an! Lasst uns unsere Gesellschaft nicht Hassern, Hetzern, Angstmachern und Dummköpfen überlassen, sondern uns entschlossen für Zuversicht, Mitgefühl, Verantwortung und Vernunft einsetzen.

Mit unserem Spitzenduo Katrin Göring-Eckardt und Cem Özdemir wollen wir Grüne gemeinsam in diese wichtige Wahl gehen, um für mehr Klimaschutz und den Erhalt unserer Natur, für eine solidarische, gerechte und offene Gesellschaft sowie die Menschenrechte einzustehen. Es geht um unser aller Zukunft, die wir uns nicht kaputt machen lassen. Mit unserem grünen Team in Oberschwaben und im Allgäu, mit den Abgeordneten Petra Krebs, Maria Heubuch, unserem Minister Manne Lucha sowie den Kommunalas und Kommunalos wollen wir das vor Ort leben und gestalten.

In diesem Sinne wünsche ich allen Leser*innen ein gutes Jahr mit ganz viel neuem Mut.

Herzliche grüne Grüße

Agnieszka Brugger



Foto: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg

Landesdelegiertenkonferenz in Schwäbisch Gmünd: Platz 5 für den Wahlkreis Ravensburg

Auf dem Landesparteitag 2016 von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg wurde mit der Wahl der Landesliste ein starkes Team für die Bundestagswahl im September aufgestellt. Ich freue mich sehr über meine Wahl auf den aussichtsreichen Listenplatz 5 und bedanke mich herzlich für die Unterstützung.

[Hier](#) kann meine Bewerbung nochmal gelesen und meine Rede angeschaut werden.



Foto: Christof Schrade

Ministerpräsident Kretschmann zu Besuch in Ravensburg

Winfried Kretschmann hat für seinen ersten Landkreisbesuch den schönen Landkreis Ravensburg ausgewählt. Ein besonderes Erlebnis war der Besuch in der Gemeinschaftsschule Horgenzell, wo wir mit Schüler*innen ins Gespräch gekommen sind und von ihnen viel über das beeindruckende Lernkonzept erfahren haben. Danach folgte ein reger kommunalpolitischer Austausch im Bauernhaus-Museum in Wolfegg und ein sehr interessanter Besuch bei der Firma Hymer in Bad Waldsee. Abends hatten die Ravensburger Bürger*innen dann die Möglichkeit, mit dem Ministerpräsidenten zu sprechen und ihm ihre Fragen zu stellen. Von diesem Tag nehme ich persönlich viele Anregungen und Ideen mit nach Berlin und Stuttgart.



Foto: mitsterQM / photocase.com

Lückenlose Aufklärung der Vorgänge in der Pfullendorfer Staufer-Kaserne

Im [Interview mit der Schwäbischen Zeitung](#) spreche ich über die Berichte zu Misshandlungen, herabwürdigenden Praktiken und dem eklatanten Führungsversagen in der Kaserne in Pfullendorf. Nun müssen die Hintergründe schnell und lückenlos aufgeklärt werden, um dann klare Konsequenzen und alle Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen. Besonders ärgerlich ist wieder einmal der [Umgang von Ursula von der Leyen](#) mit dem Parlament, das viel zu spät und völlig unzureichend informiert wurde. Wir wollen in den nächsten Wochen im Verteidigungsausschuss eine Reihe von Fragen diskutieren, Ungereimtheiten und Widersprüche aufklären, Verantwortlichkeiten benennen, um dann auch auf Basis verlässlicher Fakten Vorschläge zu machen, wie das Prinzip der Inneren Führung noch stärker in der Bundeswehr verankert werden kann.



Der Bundesverkehrswegeplan 2030: Teure Wunschliste zulasten des Klimas

Die Elektrifizierung der Südbahn und der Molldieter-Tunnel – das sind nur zwei der wichtigen Infrastrukturprojekte, die für den Landkreis Ravensburg im neuen [Bundesverkehrswegeplan 2030](#) im Vordringlichen Bedarf sind. Jetzt gilt es, auf eine schnelle Umsetzung zu drängen. Diese Projekte dürfen nicht auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben werden, weil schon wieder viel mehr versprochen wurde, als in den nächsten 15 Jahren überhaupt realisiert und finanziert werden kann. Insgesamt setzt die Bundesregierung leider mit dem Bundesverkehrswegeplan die Straßenbaupolitik der 60er Jahre fort, was ich in der [Schwäbischen Zeitung](#) kritisiere. Wir Grüne werden uns weiterhin für ein Konzept stark machen, das sich an den Bedürfnissen zukünftiger Mobilität orientiert und ehrgeizigen Klimaschutz von Anfang an mitdenkt.



Foto: JKay / Photocase.de

Horber Friedenstage - Friedenspolitik vor Ort

„Nach uns die Sintflut“ lautete das Motto der Horber Friedenstage, zu denen mich der grüne Ortsverband Horb eingeladen hat. Vor einem engagierten Publikum habe ich die Zusammenhänge zwischen Sicherheitspolitik und dem Klimawandel dargestellt und im Anschluss diskutiert. Insgesamt war es ein spannender Abend.



Rüstungsexporte 2016 - überhaupt kein Grund für Gabriels Eigenlob

Die jüngste Frechheit aus dem Wirtschaftsministerium sind die ersten Zahlen zu den [Rüstungsexporten 2016](#), die Sigmar Gabriel kurz vor Ende seiner Amtszeit still und leise im Schatten der Vereidigung des neuen US-Präsidenten veröffentlichte. Diese Zahlen zeugen mal wieder von der verantwortungslosen Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung. Im vergangenen Jahr wurde die Ausfuhr von Waffen und Rüstungsgütern in der Höhe von 6,88 Milliarden Euro genehmigt, das ist der zweithöchste je festgestellte Wert. Wofür sich Sigmar Gabriel hier selbst applaudiert, weiß wohl auch nur er selbst, denn auch im vergangenen Jahr blieben bei den Waffengeschäften Frieden, Sicherheit und Menschenrechte auf der Strecke.



Foto: Bodo Klose/ Ein Welt Theater

Friedenspolitisches Armutszeugnis - Kirchen kritisieren Rüstungsgeschäfte

Der Rüstungsexportbericht der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) stellt der Bundesregierung ein friedenspolitisches Armutszeugnis aus. Obwohl es auf dem Papier eigentlich strenge Exportrichtlinien für Rüstungsgüter gibt, brechen Union und SPD mit ihren Entscheidungen diese aber immer wieder. Wie wir Grünen fordern auch die Kirchen ein strenges Rüstungsexportkontrollgesetz, ein Verbandsklagerecht gegen Genehmigungsentscheidungen und einen Stopp der Waffenlieferungen an Saudi-Arabien. Kritik an der Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung übt auch die [Redaktion der Schwäbischen Zeitung](#).



Schöner Besuch aus Oberschwaben und dem Allgäu in Berlin

Ende November habe ich im Rahmen der Fahrten des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung wieder einmal Besuch aus dem Wahlkreis bekommen – darunter waren ehrenamtliche Helfer*innen, politisch interessierte und aktive Bürger*innen, Geflüchtete, Studierende sowie Verwaltungsmitarbeiter*innen und Aktive des Studentenwerks Weiße Rose e.V. Es ist immer wieder schön, so viele spannende Menschen zu treffen und ich freue mich jedes Mal aufs Neue auf die interessanten Gespräche.



Foto: sör alex / photocase.de

Gemeinsam.Handeln.Zusammen. Wachsen - Neujahrsklausur

Auf der Neujahrsklausur der grünen Bundestagsfraktion haben wir uns intensiv mit Innen- und Sicherheitspolitik beschäftigt. Mehr Sicherheit, bessere Ausstattung der Polizei und entschlossenes Handeln sowie die Bewahrung von Rechtsstaatlichkeit, Bürgerrechten und Freiheit sind dabei keine unvereinbaren Gegensätze, sondern gehören untrennbar zusammen. Nach diesen intensiven und arbeitsreichen Tagen gehen wir gestärkt, mit klugen Konzepten und vielen neuen Ideen in das Wahljahr 2017.



Foto: grüne.de

Bundesparteitag in Münster sendet auch klares Zeichen für Abrüstung

Auf der Bundesdelegiertenkonferenz gab es zum Ende des vergangenen Jahres spannende Diskussionen und viele Beschlüsse, die [hier](#) zu finden sind. Besonders freut mich, dass jenseits der großen Tagesordnungspunkte mein [Antrag](#) „Neues Wettrüsten verhindern – Abrüstung und Rüstungskontrolle vorantreiben“ mit großer Mehrheit unterstützt wurde. Denn Vertrauen, Abrüstung und Rüstungskontrolle sind angesichts der globalen Krisen notwendiger denn je.



Foto: Bundeswehr/Björn Wilke

Rüstungskungelei unter Ursula von der Leyen

Im Rahmen einer [Kleinen Anfrage](#) sind mein Kollege Tobias Lindner und ich dem jüngsten Rüstungs-Coup der Verteidigungsministerin auf den Grund gegangen. Der [milliardenschwere Korvetten-Deal](#) zeigt: Unter Frau von der Leyen geht es in dem Ministerium genauso chaotisch und industriepolitisch motiviert weiter wie unter ihren Vorgängern.



Foto: kallejpp / photocade.de

Bundeswehr im Innern: Hilflöse Symbolpolitik

Thomas de Maizière wühlt in der Mottenkiste der CDU und kramt wie Ursula von der Leyen alle paar Wochen den gleichen Vorschlag raus: Mal wieder fordert er den [Einsatz der Bundeswehr im Innern](#), mal wieder betreibt er damit reine Symbolpolitik. An der grundsätzlichen Trennung zwischen innerer und äußerer Sicherheit – so wie sie im Grundgesetz verankert ist und das Bundesverfassungsgericht sie konkretisiert hat – sollte aus vielen Gründen nichts geändert werden.



Foto: Bundeswehr/Rott

Afghanistan ist kein sicheres Land

Die Lage in Afghanistan ist leider so düster wie schon lange nicht mehr, es herrscht nach wie vor Krieg. Es ist unverantwortlich, dass jetzt sogar Entwicklungsgelder nur noch fließen sollen, wenn das Land Flüchtlinge zurücknimmt. Es ist erst recht zynisch, wenn die Regierung gleichzeitig den Bundeswehreinsatz mit der dramatischen Sicherheitslage vor Ort begründet und andererseits mit Hochdruck Abschiebungen nach Afghanistan plant und durchführt. In Bezug auf das militärische Engagement und die Lage in Afghanistan selbst muss kritisch Bilanz gezogen werden, statt immer nur Durchhalteparolen zu verbreiten. Das verdeutliche ich in meiner [Bundestagsrede](#) zur Verlängerung des Bundeswehreinsatzes.



Wirtschaftsministerium lobbyiert dreist für Rüstungsschmiede

Weder die Beschaffungsprojekte der Bundeswehr, noch die Lobbyarbeit für Rüstungsunternehmen gehören zu den Aufgaben des Bundeswirtschaftsministeriums. Trotzdem macht Brigitte Zypries, zu dem Zeitpunkt noch Staatssekretärin, gleich beides und [lobbyiert beim geplanten Kauf von Transportflugzeugen](#) beim Parlament für einen bestimmten Hersteller. Hier nutzt ein Rüstungsunternehmen schamlos seine Kontakte nach ganz oben aus.



Schluss mit der Weg-Duck-Politik gegenüber Saudi-Arabien

Ursula von der Leyen hätte im Dezember während ihres [Besuchs in Saudi-Arabien](#) viel deutlicher die Menschenrechtslage im Land und den brutalen Krieg im Jemen kritisieren müssen. Ein Stopp aller deutschen Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien ist genauso überfällig wie ein Ende dieser verantwortungslosen Weg-Duck-Politik der Bundesregierung gegenüber der Golf-Monarchie. Aber die Bundesregierung tut genau das Gegenteil. Erst [im Dezember nickte sie wieder einen Waffendeal mit Saudi-Arabien ab](#).



Foto: Bundeswehr/SebastianWilke

Strenge Überprüfung von Bundeswehrbewerber*innen

Es muss sichergestellt werden, dass kein Extremist, gleich ob islamistisch oder rechtsradikal, bei der Bundeswehr an der Waffe ausgebildet wird. Warum wir Grüne diese Aufgabe aber nicht beim Militärischen Abschirmdienst sehen, erläutere ich in meiner [Rede zur Änderung des Soldatengesetzes](#).

Leere Personalversprechen bei der Bundeswehr

Die von der Verteidigungsministerin groß angekündigte Personalaufstockung ist angesichts des demographischen Wandels viel zu hoch gegriffen. Sicherlich kann es auch Menschen geben, die den Hauptschulabschluss beim ersten Anlauf nicht geschafft haben oder aus anderen EU-Ländern kommen und trotzdem für den Dienst bei der Bundeswehr geeignet sind. Eine zukunftsfeste Personalplanung sieht allerdings anders aus, das mache ich im [Tagesspiegel](#) deutlich.



Foto: dtaeubert / photocase.de

Außenpolitische Verantwortung der EU

Nach zahlreichen erschreckenden und verwirrenden Aussagen Donald Trumps im Wahlkampf und seinen ersten ebenso unvernünftigen wie gefährlichen Amtshandlungen muss Europa jetzt mehr denn je die gestaltende Stimme der Vernunft zwischen Trump und Putin sein. In der Debatte dabei darf es nicht nur um bessere militärische Zusammenarbeit der europäischen Staaten gehen, wir müssen die zivilen und diplomatischen Ansätze ausbauen und stärken. Mit [phoenix](#) und dem CDU-Kollegen Henning Otte habe ich direkt nach der Wahl über meine Sorgen und Schlussfolgerungen aus der US-Wahl und über die grüne Kritik am Militäreinsatz in Irak und Syrien diskutiert.

Gefährliche offene Fragen im Einsatz gegen Daesh

Wie viele Luftangriffe im Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat werden auf Grundlage deutscher Aufklärungsinformationen geflogen? Zu wie vielen zivilen Opfern kam es durch diese Einsätze? Diese Antworten bleibt die Bundesregierung seit Monaten schuldig, denn weder in die Entscheidungsprozesse zu den einzelnen Angriffen noch in die abschließende Evaluation ist man eingebunden. Wer im Rahmen eines schwierigen Militäreinsatzes Aufklärung liefert, der hat doch aber auch eine [Verantwortung](#) für all das, wofür sie verwendet werden.



Foto: birdys / phtocase.de

Die Menschen im Südsudan nicht alleine lassen

Die VN-Friedensmission im Südsudan war in der letzten Zeit zu Recht stark in der Kritik. Es müssen klare Konsequenzen aus dem schwerwiegenden Bericht über Verfehlungen der Mission gezogen werden. Warum ich es aber für falsch halte, zu sagen: „Das war es dann“, erkläre ich in meiner [Bundestagsrede](#).